



# Landes-SGK EXTRA Brandenburg

IMPULSE 10 SEPTEMBER | 2018

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

## Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

die Sommerpause ist vorüber. In den 915 Schulen des Landes schwitzen die rund 289.000 Schülerinnen und Schüler wieder über Aufgaben und Klausuren; mehr als 22.000 Erstklässler haben ihre Schullaufbahn begonnen und auch für manche der über 1.100 neu oder gar erstmals eingestellten Lehrkräfte war es der „erste Schultag“.

Auch das kommunale Leben hat wieder zur Routine zurückgefunden und an allen Orten hat die Arbeit in den Ausschüssen, Gemeindevertretungen oder Kreistagen wieder Fahrt aufgenommen.

Was bleibt vom Sommer 2018 in Erinnerung? Sicherlich nicht die erneute Sichtung von Schottlands Nessie, von der die Welt dank der britischen Bild-Zeitung „The Sun“ erfahren durfte.

Bleibt also das Wetter: Man denkt an viele heiße Tage, oft über 30 Grad Celsius am Tag und nicht unter 20 Grad Celsius in der Nacht. Sehr wenig Regen über Wochen, der, wenn er dann doch mal kam, gleich als Unwetter niedergegangen ist. Im RBB jagte eine Sondermeldung zu Hitze und Dürre die nächste. Angesichts dieser Temperaturen und des wenigen Niederschlags der letzten Wochen kann einem schon der Gedanke kommen, dass der Klimawandel auch in Brandenburg angekommen ist. Nun weiß ich auch, dass Klima und Wetter nicht das Gleiche sind und es da alleine in der Betrachtungsperspektive Unterschiede gibt. Wenn aber in den fast 140 Jahren seit Beginn der Wetteraufzeichnungen von 39 Jahren mit Temperaturen über dem langfristigen Mittel alleine 19 in den letzten 30 Jahren zu verzeichnen gewesen sind, macht dies doch nachdenklich.



Christian Großmann

Foto: SGK Brandenburg

Nun kann man sich natürlich auch auf den Standpunkt eines US-Präsidenten, der AfD oder unbelehrbarer Verschwörungstheoretiker stellen, den menschengemachten Klimawandel schlichtweg zu verneinen und lautstark zu bestreiten. Aber hilft das? – Seit dem Kindergarten wissen die meisten Menschen zwei Dinge ganz genau: 1. Das Licht im Kühlschrank brennt nicht durchgängig und 2. nur weil ich mir die Hände vor das Gesicht halte und etwas nicht sehen will, werde ich trotzdem von anderen gesehen.

Ich denke daher, die Veränderung des globalen Klimas mit seinen Auswirkungen auf unser Wetter hier im Land kann nicht wegdiskutiert werden, auch wenn es einige nicht wahrhaben wollen. Die Idee mit der flachen Erdscheibe hat sich, trotz einiger temporärer Erfolge im dunklen Mittelalter, letztlich auch nicht dauerhaft durchgesetzt.

### Was heißt das nun für die Menschen vor Ort?

In zahlreichen Kommunen des Landes gibt es bereits lokale oder regionale Klimaschutzkonzepte. Dabei steht die Eindämmung der beiden großen Quellen schädlicher Emissionen im Vordergrund, nämlich Wohnen und Verkehr. Viele lokale Akteure haben für sich erkannt, dass der Klimaschutz nicht mehr nur als unbequeme Herausforderung zu sehen ist, sondern vielmehr als Chance begriffen werden kann. Wenn in der Gemeinde auf diesem Feld durchdacht und konsequent vorgegangen wird, können neben der vor Ort nur schwer zu greifenden CO<sub>2</sub>-Reduzierung auch dauerhaft Energiekosten gesenkt, der Finanzhaushalt entlastet, mitunter ein Beitrag zur regionalen Wertschöpfung geleistet und letztlich auch die Lebensqualität der Menschen in der Region verbessert werden. Warum also nicht bei der Ausweisung eines

### Inhalt

Die Zukunft der Lausitz gestalten

Die Datenschutzgrundverordnung in den Kommunen

Richtigstellung

Digitalisierung in den Kommunen

Kommunalakademie 2018

neuen Wohngebietes das BHKW-betriebene Nahwärmenetz gleich mitplanen? Oder ein Quartiersmanagement mit einer Carsharing-Initiative verbinden?

Sicherlich wird durch eine einzige Maßnahme in einer Brandenburgischen Gemeinde der Klimawandel nicht gleich gestoppt. Aber der aus diesen Maßnahmen resultierende Mehrwert, der mal ökonomischer und mal sozialer Art sein kann, schafft neue Spielräume und macht die Städte und Gemeinden für uns, die Menschen, die hier ihr Zuhause haben, wieder ein Stück lebenswerter. Und darum geht doch schließlich bei der Kommunalpolitik!

Christian Großmann

Vorsitzender der SGK Brandenburg

# Die Zukunft der Lausitz gestalten

**Autor** Ralf Holzschuher, Sprecher für Energiepolitik der SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Die Kommission der Bundesregierung „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ (kurz: Strukturkommission) diskutiert auch den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Die Sorgen in der Lausitz sind groß, in diesem Prozess benachteiligt zu werden. Doch eine besonnene Politik und gemeinsames Handeln in der Region können einen positiven Weg in die Zukunft erreichen. Dann gibt es für Pessimismus keinen Grund.

## Die Ausgangslage

Strukturwandel ist für die Lausitz keine Neuigkeit. Seit 1990 sind von einstmalig ca. 80.000 Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie nur noch ca. 8.000 übrig geblieben. Die Zahlen unterscheiden sich hier je nach statistischer Quelle etwas, doch die Größenordnung der Reduzierung seit der Wende ist klar. Die verbliebenen Arbeitsplätze in den Kraftwerken und Tagebauen bieten gute Arbeit mit einem Lohnniveau, das deutlich über dem Durchschnitt des Brandenburgischen Facharbeitergehalts liegt. Tausende weitere Beschäftigte arbeiten bei Drittfirmen, die direkt oder indirekt von der Braunkohle abhängig sind. Die Kohle ist derzeit für die Lausitz ein entscheidender Faktor.

Anders als im Ruhrgebiet trägt sich dieser Wirtschaftszweig selbst. Während die Steinkohleförderung jahrzehntelang nur durch hohe staatliche Subventionen am Leben erhalten werden konnte, macht die Braunkohlewirtschaft Gewinne.

Doch die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Kohleverstromung beeinflussen das Weltklima. Die Jahresdurchschnittstemperaturen sind in den letzten Jahrzehnten global deutlich gestiegen. Die Faktenlage für einen menschengemachten Klimawandel ist so eindeutig, dass jedes Nichthandeln politisch unverantwortlich wäre. Diese Erkenntnis ist auch die Grundlage der „Energierstrategie 2030“ des Landes Brandenburg. Langfristig ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung unabdingbar. Der Anteil Deutschlands an den globalen CO<sub>2</sub>-Emissi-



Ralf Holzschuher

Foto: privat

onen ist mit ca. 2,1 Prozent (2016) relativ gering, aber Deutschland hat international eine bedeutende Vorbildfunktion.

## Die Sorgen

Die Menschen in der Lausitz sind verunsichert. Sie befürchten, abgehängt zu werden. Und das Ruhrgebiet mit seinen sozialen Problemen ist kein wirklich gutes Vorbild für gelungenen Strukturwandel. Auch wenn kein Kumpel um seinen eigenen Arbeitsplatz bangen muss, fragen sich die Menschen zu Recht, ob die Kinder und Enkel in der Lausitz noch eine Perspektive haben.

Das ist die Zeit der Rattenfänger. Populisten kommen und bieten vermeintlich einfache Lösungen an. Und die einfachste Lösung ist die, den Klimawandel zu bestreiten und einfach immer weiterzumachen. Was Trump

in den USA vormacht, greifen die AfD und andere Akteure in Deutschland auf. Gerade in der Lausitz haben die Rechten und die Populisten bei der letzten Bundestagswahl sehr hohe Ergebnisse erzielt.

Wir Sozialdemokraten müssen die Ängste und Sorgen der Menschen sehr ernst nehmen. Aber nochmal: Ein „weiter so“ bei der Kohleverstromung wäre politisch unverantwortlich. Die einfache Lösung der Populisten scheidet aus. Und Seehofer liefert gerade ein Negativbeispiel dafür, wohin es führt, wenn man populistischen Positionen hinterherrennt.

Wir können den Menschen ihre Sorgen nur dann nehmen, wenn wir ihnen glaubwürdige Wege aufzeigen, wie am Ende aus der Veränderung eine Erfolgsgeschichte werden kann. Dies ist möglich – aber nur, wenn al-

le Akteure sich ihrer Verantwortung bewusst sind. Es geht um mehr als den Erfolg der Klimapolitik. Es geht auch um das Vertrauen in die demokratischen Parteien und die Institutionen des Staates.

Gegen die Ängste hilft nur ein realistisches Konzept. Und Ehrlichkeit. Dazu gehört auch die Feststellung, dass die Herausforderungen der Energiewende noch keineswegs zu Ende durchdacht sind. Die Menschen erkennen die Widersprüche und offenen Probleme der Energiepolitik. Diese Widersprüche muss Politik ansprechen und baldmöglichst ausräumen.

## Die energiepolitischen Herausforderungen

Die Energiewende ist eine energie-wirtschaftliche und -politische Herausforderung. Das Ziel ist ja zu Recht nicht nur der Klimaschutz. Wir brauchen auch in fünfzig Jahren noch eine bezahlbare und sichere Energieversorgung. Die Energiewende wird nur dann ein Erfolg, wenn Deutschland (und damit auch die Lausitz) in Jahrzehnten noch ein starkes Industrieland ist. Weil Deutschland mit seinen Emissionen nur verhältnismäßig wenig Anteil am globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat, können wir nur etwas bewirken, wenn Länder wie China und Indien unsere Konzepte aufgreifen. Die Energiewende muss wirtschaftlich sein, sonst setzen die Schwellenländer andere Prioritäten.

Noch passt vieles nicht zusammen. Hier ist nicht der Raum, die Facetten der Energiepolitik im Einzelnen zu diskutieren. Einige wichtige Aspekte seien exemplarisch angesprochen:

Bisher war die Energiewende eine Stromerzeugungswende. Die anderen Sektoren, insbesondere der Verkehr und die Wärmeerzeugung, sind kaum berücksichtigt worden. Gerade im Verkehrssektor nehmen auch in Deutschland die Emissionen sogar weiter zu. Auch dies schürt Unverständnis in der Region. Etwas überspitzt heißt es: Die Kumpel in

Warum bekomme ich auf einmal gar keinen  
DEMO-Newsletter mehr?



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH  
DER DEMO-NEWSLETTER!

## JETZT ABONNIEREN

Ende Mai ist die Europäische Datenschutz-Grundverordnung in Kraft getreten. Daher haben wir im Vorfeld alle Abonentinnen und Abonnenten angeschrieben und um eine Bestätigung ihres kostenlosen Newsletter-Abos gebeten. Alle, die nicht auf diese Mail reagiert haben, mussten wir aus dem Verteiler löschen. So verlangt es das neue Gesetz.

Den kostenlosen DEMO-Newsletter erhalten Sie weiter, wenn Sie sich unter [www.demo-online.de/newsletter](http://www.demo-online.de/newsletter) neu anmelden.

**bnr.de**  
blick nach rechts

**„Die Bekämpfung von Rechts-extremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“**

*Schirmherrin Ute Vogt*

Weitere Informationen im Netz:  
**www.bnr.de**

der Lausitz tragen die Last der Energiewende, die Autobauer in Sindelfingen oder Ingolstadt aber nicht.

Die Energiewende führt zu sozialen Ungerechtigkeiten. Der staatlich hoch geförderte Ausbau der erneuerbaren Energien eröffnet für Gutverdienende Anlagemöglichkeiten mit hohen Renditen. Doch die Stromkosten steigen durch die Umlagen. Zahlen muss auch die alleinerziehende Kassiererin. Durch die Struktur der Netzentgelte sind zudem die Kosten dort besonders hoch, wo viel Wind- und Solarstrom dazu kommt. Das ist zugleich ein Wettbewerbsnachteil für die Industrie in Nord- und Ostdeutschland.

Eine Stromversorgung ohne fossile Energieträger benötigt Speichertechnologien in großem Maßstab. Bisher sind die technischen Voraussetzungen dafür noch unklar. Die Energiewende wird hier zu sehr auf die Hoffnung gestützt, es werde schon rechtzeitig die erforderliche Technologie gefunden, Zweifel werden ausgeblendet. Vertrauen fördert dies nicht.

Die Politik – dies betrifft vorrangig die Bundesebene – muss diese und andere offene Fragen konsequent angehen, wenn sie das Vertrauen in die Richtigkeit der Energiewende erhalten will. Und sie muss sich vor Aktionismus hüten. Dies ist die erste und wichtigste Erwartung, die wir in Brandenburg von der Arbeit der Strukturkommission haben. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung kann auch energiewirtschaftlich nicht durch kurzfristige, plakative Maßnahmen erfolgen, er muss vielmehr mit einem über viele Jahre geplanten, realistischen Weg umgesetzt werden.

#### **Der Weg**

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung wird für die Lausitz zu einem guten Weg, wenn drei Faktoren zusammenkommen:

Erstens braucht der Strukturwandel Zeit. Das deckt sich mit den Anforderungen der Energiewirtschaft. Ein energiewirtschaftlich realistisches Ausstiegsszenario lässt auch der Lausitz die erforderliche Zeit für einen gelungen Wandel. Gelingt es der

Kommission, ein realistisches Enddatum zu finden, kann die Lausitz sich auf den Weg machen. Gelingt dies nicht, wird Vertrauen zerstört und das Ergebnis ist dann spätestens nach der nächsten Bundestagswahl Makulatur.

Der zweite und vielleicht wichtigste Faktor sind Ideen und Konzepte für den Umbau. Hier ist nicht allein die Politik gefragt. Aber die Rahmenbedingungen kann und wird Politik schaffen müssen. Die Arbeiten dafür sind im Gange.

In Brandenburg ist das Thema Chefsache. Das war es schon, bevor die Staatskanzlei mit Dr. Freytag einen Koordinator für die Landesregierung berufen hat. Auch hier gilt: nicht plakativer Aktionismus, sondern ruhiges und kontinuierliches Handeln hilft der Lausitz.

Lange Zeit war es ein Problem, dass zu viele Akteure zu unterschiedliche Sichtweisen hatten. Die Landespolitik hat daran mitgewirkt, die Interessen zu bündeln. Die Lausitz braucht eine starke Stimme und eben keinen vielstimmigen Chor. Dies scheint jetzt Erfolg zu haben. Auch das Verhältnis zur Sächsischen Landesregierung ist in dieser Frage über Parteigrenzen hinweg eng. Auch hier wird es in Zukunft entscheidend sein, dass die Region gemeinsam agiert und nicht vorrangig die Partikularinteressen einzelner Städte und Landkreise gesehen werden. Die konkreten Maßnahmen, die jetzt kommen müssen, werden nur wirken, wenn sie die Gesamtregion entwickeln.

Wohin sich die Lausitz genau entwickeln soll, muss letztlich durch die Region vorgegeben werden. Doch einige Dinge sind naheliegend, um die Standortbedingungen für die Menschen und die Unternehmen zu verbessern.

Dazu gehört zunächst die Infrastruktur. Die Lausitz ist keinesfalls eine periphere Region. Schon innerhalb Ostdeutschlands stellt sie die Brücke dar zwischen der Hauptstadtregion und den sächsischen Industriezentren. Der unverzichtbare Ausbau der Schienen- und Straßenverbindungen verbessert diese Lage weiter. Dabei geht es auch um eine schnelle Ver-

bindung zum Flughafen BER, der – das darf man ohne übertriebenen Optimismus annehmen – vor dem Ende der Kohleverstromung ans Netz gehen wird.

Innerhalb von Mitteleuropa liegt die Lausitz sogar im Zentrum. Schnelle Verbindungen in die Tschechische Republik und vor allem zum direkten Nachbarland Polen können die Lausitz zu einer internationalen Drehscheibe machen.

Infrastruktur bedeutet heute auch eine hervorragende Breitbandversorgung. Mit einer flächendeckenden und leistungsstarken Versorgung kann sich die Lausitz immer noch positiv absetzen von vielen anderen Regionen.

Die Lausitz soll auch zu einer Region von Forschung und Entwicklung werden. Die Bildung der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg hat die Voraussetzungen geschaffen für eine starke regionale Hochschule. Weitere Wissenschaftseinrichtungen könnten mit staatlicher Unterstützung geschaffen werden, etwa ein Fraunhofer-Institut für Speichertechnologien. Bereits heute hat die BTU im Bereich der Energietechnik einen Schwerpunkt, der sich zu einem national, vielleicht sogar international bedeutenden Wissenschaftsstandort ausbauen lässt.

Doch neben den staatlichen Forschungseinrichtungen geht es vor allem um den Aufbau einer unternehmensbezogenen Forschungs- und Entwicklungslandschaft. Ostdeutschland hat erhebliche Defizite bei industrieller Forschung und Entwicklung (FuE). Gerade durch FuE-Stellen werden aber Akzente gesetzt, um eine Region gut aufzustellen. Denn hier finden sich gut bezahlte Stellen für hochqualifizierte und kreative Kräfte.

Der Staat kann direkt keine gewerblichen Arbeitsplätze schaffen. Auch die Idee einer „Sonderwirtschaftszone Lausitz“ passt nicht in die europäische Förderlandschaft (und klingt auch eher nach Krisenbewältigung). Doch regionale Sonderanreize für die Förderung von FuE könnten vielleicht wirken. Wenn

Unternehmen hier bessere Bedingungen vorfinden, um Forschungsabteilungen aufzubauen, kann dies zur Initialzündung für Neuansiedlungen werden.

Die Lausitz ist die größte Industrieregion des Landes Brandenburg. Neben der Kohleindustrie verfügt die Lausitz über zahlreiche weitere starke Unternehmen. Das Fachkräftepotenzial ist dementsprechend höher als in vielen anderen Landesteilen. Auch dies ist ein Standortvorteil für die Region. Die Fachkräfte in der Region zu halten, ist genauso wichtig, wie das Werben um Zuzug.

Hier werden die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren wichtig. Auch da ist die Lausitz auf einem guten Weg. Das Lausitzer Seenland ist ja nicht nur eine neue Tourismusdestination. Es ist vor allem ein wunderbares Naherholungsgebiet für die Menschen, die hier leben. Kultureinrichtungen wie die Bühnen von Cottbus und Senftenberg schaffen ebenfalls eine hohe Lebensqualität. Und mit guten Verbindungen nach Berlin und Dresden können die Bewohner die Angebote beider Ballungsräume zugleich nutzen.

Kreative Kräfte in der Region werden weitere Ideen entwickeln um die Lausitz zu stärken. Die „Energierregion“ ist ja zu Recht eine doppeldeutige Bezeichnung, die auch ausdrückt, welche Kraft und welches Potenzial in diesem Landesteil steckt.

Mit dieser Kraft und diesen Ideen gibt es auch eine klare Grundlage für eine finanzielle Unterstützung. Denn Geld ist die dritte Voraussetzung, um den Umbau zu schaffen. Es ist müßig, konkrete Summen zu nennen, die der Wandel kosten wird. Es werden viele Milliarden benötigt. Doch bei einem realistischen Ausstiegspfad können diese Mittel über einen längeren Zeitraum gestreckt werden.

Weil der Ausstieg aus der gewinnträchtigen Braunkohlebranche politisch geboten und eine gesamtstaatliche Entscheidung ist, müssen auch die Kosten für den Umbau vor allem national getragen werden. Dies ist eine weitere Forderung an die Struk-

turkommission. Sie wird von den betroffenen Ländern und den Akteuren in der Region zu Recht und unmissverständlich erhoben.

Wenn die Mittel da sind, um die Ideen umzusetzen, wird sich die Lausitz auf einen guten Weg begeben.

### Das Ziel

Die Lausitz wird auch in 50 Jahren noch eine starke Industrieregion im Herzen Mitteleuropas sein. Eine Region mit hoher Lebensqualität und guten Arbeitsbedingungen.

## Die Datenschutzgrundverordnung in den Kommunen

Auswirkungen und Lösungen in der kommunalen Praxis – Veranstaltung am 14. September 2018 ab 17 Uhr in Potsdam

Autor SGK Brandenburg

In eigener Sache möchte die SGK Brandenburg gerne noch auf eine aktuelle Veranstaltung zum Thema Datenschutz hinweisen. Seit dem 25. Mai 2018 gilt die neue europäische Datenschutzgrundverordnung unmittelbar und einheitlich auch in den Kommunen Brandenburgs.

Zwar ist der Datenschutz grundsätzlich kein neues Thema, und viele der in der Verordnung vorgesehenen Maßnahmen waren auch zuvor bereits im Datenschutzrecht verankert, dennoch stellt die Verordnung die Verantwortlichen in den Kommunen, den Gemeindevertretungen und Zweckverbänden noch einmal vor ganz neue Herausforderungen.

Denn wie bei so vielem lauern die größten Gefahren in der Umsetzung. Die SGK Brandenburg bietet deshalb ein Abendseminar an, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nicht nur die Auswirkungen der Verordnung deutlich zu machen und Fallstricke zu erläutern, sondern auch um Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Dr. Dominik Lück, Fachanwalt für Verwaltungsrecht mit den Schwerpunkten Kommunalrecht und Datenschutzrecht, wird in diesem

Dafür braucht es Zeit, Ideen und finanzielle Unterstützung. Diese drei Bedingungen werden erfüllt, wenn die Energiewende realistisch und nicht aktionistisch fortgeführt wird.

In den kommenden Monaten will die Strukturkommission dafür die Weichen stellen. Das kann gelingen. Und wenn es gelingt, gibt es jeden Grund für die Zukunft der Lausitz optimistisch zu sein.

Wir werden diese Zukunft positiv mitgestalten.

Seminar nicht nur die wichtigsten Änderungen für die kommunale Praxis erläutern, sondern auch Umsetzungswege aufzeigen.

**Interessentinnen und Interessenten können sich gerne per E-Mail an [info@sgk-potsdam.de](mailto:info@sgk-potsdam.de), per Telefon unter 0331 / 730 98 201 oder online auf unserer Homepage anmelden!**

[www.sgk-brandenburg.de](http://www.sgk-brandenburg.de)

### Richtigstellung

In die letzte Ausgabe des Brandenburg-Regionalteils hatte sich bei der Autorenschaft des letzten Artikel zum Kooperationsverbot leider ein kleiner Fehler eingeschlichen. Rachil Rowald ist natürlich Geschäftsführerin der SGK Brandenburg und nicht im Kommunalausschuss des Deutschen Bundestages. Es handelte sich dabei um einen bedauerlichen Übertragungsfehler.

Ihre SGK Brandenburg

# Digitalisierung in den Kommunen

## Kommunalkongress und Mitgliederversammlung der SGK Brandenburg 2018

Autorin Rachil Rowald

Es gibt praktisch keinen Lebensbereich, der sich der Digitalisierung entziehen kann. Dies gilt für Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft ebenso wie für die Kommunen in Brandenburg. Sie verändert nicht nur unsere Gesellschaft, sie findet dort statt, wo die Menschen leben und wo sie arbeiten. Das stellt auch die Städte, die Gemeinden, die Kreise und andere vor große Herausforderungen. Denn Digitalisierung betrifft viele Handlungsfelder, sei es der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, seien es administrative Vorgänge, die Aspekte des E-Government und vieles weitere mehr.

Die SGK Brandenburg hat am 23. Juni dieses Jahres zu ihrem jährlichen Kommunalkongress eingeladen und ihn deshalb in diesem Jahr unter das Motto „Digitalisierung in den Kommunen“ gestellt, um sowohl die aktuellen Herausforderungen als auch die Chancen in den Kommunen zu beleuchten und zu diskutieren.

Dies vor dem Hintergrund, dass laut einer aktuellen Umfrage („Zukunftsradar Digitale Kommune – Ergebnisbericht 2018“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom März 2018) sich lediglich jede zweite Kommune gut auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorbereitet fühlt, auch wenn gleichzeitig über 90 Prozent der Städte und Gemeinden in Deutschland die Potenziale der Digitalisierung erkannt haben und den Mehrwert der digitalen Veränderungen als hoch oder sehr hoch einschätzen.

Nach einführenden Worten des – zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden stellvertretenden und später gewählten – Vorsitzenden, Christian Grossmann, in denen er unter anderem die Bedeutung der Digitalisierung nicht nur für Brandenburg, sondern eben gerade für die Kommunen hervorhob, kamen die fachkundige Referentin und die fachkundigen Referenten zu Wort, die aus sehr unterschiedlichen

Perspektiven die Grundlagen sowie ihre Erfahrungen mit dem Thema Digitalisierung schilderten, moderiert von Sabine Gillessen, einer echten Fachfrau auf diesem Themengebiet.

### Zukunftsstrategie „Digitales Brandenburg“

So stellte der Bevollmächtigte des Landes Brandenburg beim Bund und für Medien, Thomas Kralinski, die Zukunftsstrategie „Digitales Brandenburg“ vor, aber auch die Grundlagen und Rahmenbedingungen im Land Brandenburg. Den historischen Hintergrund beleuchtend, zog er einen Bogen von der Erfindung der Dampfmaschine über die Erfindung der industriellen Massenproduktion und die Robotertechnik bis hin zum Internet der Dinge, also der zunehmenden Vernetzung zwischen „intelligenten“ Gegenständen sowohl untereinander als auch nach außen und mit dem Internet.

Die Rahmenbedingungen werden nicht nur durch faktische Gegebenheiten, wie unter anderem den mehr oder minder umfassenden Breitbandausbau, sondern auch durch rechtliche und politische Entscheidungen bestimmt. Dazu gehört unter anderem der Koalitionsvertrag der rot-roten Landesregierung für die Jahre 2014 bis 2019, in dem Grundlinien festgelegt wurden. Weiter ausdifferenziert schlug sich dies in entsprechenden Landtagsbeschlüssen nieder, wie unter anderem in dem interfraktionellen Beschluss der Koalitionsfraktionen und der CDU mit dem Titel „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ vom November 2016, so der Bevollmächtigte. Auf dessen Grundlage berichtete die Landesregierung im September 2017 in einem Statusbericht mit dem Titel „Distanzen überwinden“ und im Juni 2018 dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie im Landtag Brandenburg.

In dem Statusbericht wurde der Ausblick wie folgt dargestellt: „Die Erstellung des vorliegenden Status-

berichts ist der erste Schritt für die weitere Entwicklung der ‚Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg‘. Die strategische Schnittstelle in der Staatskanzlei übernimmt die Aufgabe, durch Informationsaustausch mit allen relevanten Akteuren und in Zusammenarbeit mit den Fachressorts auf Basis dieses Berichts eine interdisziplinäre Digitalisierungsstrategie aufzubauen. Hierbei ist es von besonderer Bedeutung, mittel- und langfristige Zielsetzungen vorzunehmen und diese priorisierend zu ordnen. Die Digitalisierungsstrategie soll 2017 und 2018 erarbeitet werden. Die Landesregierung entwickelt ihre Digitalisierungsstrategie im Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren, Experten und Vertretern der Politik. Erste Expertengespräche wurden bereits geführt und werden fortgesetzt. Sie dienen auch der Vorbereitung eines Expertengremiums, das externen Sachverstand einbinden und einen Handlungsebenen-übergreifenden Blick in den Strategieprozess einbringen soll.“

Der Bevollmächtigte wies zudem auf das 1. Digitalkabinett im April 2018 hin, erläuterte aber auch die Zuständigkeitsverteilung in der Landesregierung, die von außen vielleicht jedem und jeder Anwesenden bekannt war. So koordiniert das Ministerium des Innern und für Kommunales den Gesamtprozess Verwaltungsdigitalisierung, das Ministerium für Wirtschaft und Energie den Digitalisierungsprozess der Wirtschaft und die Staatskanzlei den Gesamtprozess im Sinne einer digitalen Gesellschaft, unter anderem auch durch die Unterstützung aller anderen Ressorts.

Dabei müsse man sich drei Säulen vorstellen, so der Bevollmächtigte. Die erste sei die „Vision Digitales Brandenburg 2025“ mit dem Digitalkabinett, dem Digitalbeirat, aber auch Online-Konsultationen, nicht zuletzt mit Angehörigen der Fachbranche. Die zweite Säule sei der Themenbereich „Kommunikation

und Instrumente“, zur Entwicklung strategischer, kommunikativer und organisatorischer Instrumente. Und die dritte Säule sei die „Digitale Agenda“, mit fachpolitischen Positionen, Ansätzen und Maßnahmen, die letztlich alle Ressorts betreffe.

### Verwaltung.Einfach.Online

In dem Beitrag der Staatssekretärin im Ministerium des Innern und für Kommunales, Katrin Lange, stand die Digitalisierung der Verwaltung in den Kommunen im Vordergrund. Dabei wurde deutlich, dass es nicht darum gehen kann, analoge in digitale Prozesse einfach eins zu eins zu übertragen, ohne dass Verfahren und Prozesse neu gedacht werden.

Dazu gehören nicht nur die Verfahren, in denen Informationen oder zum Beispiel auch Anträge der Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung herangetragen werden, sondern auch die Fachverfahren in Bund, Land, Landkreis und Gemeinde. Anhand eines Vergleiches eines typischen analogen mit einem digitalen Antragsverfahren wurde deutlich, worin die Vorteile von letzterem liegen, nicht zuletzt, weil zum Beispiel Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfung – viele kennen dies aus den online-gestützten Steuererklärungen – durch den Antragsteller vorgenommen werden können, ohne dass es dazu eines umfassenden Schriftwechsels mit der entsprechenden Behörde und entsprechender Nachforderung bedarf. Deutlich wurde aber auch, dass es dazu einer entsprechenden Ausstattung gerade in den Kommunen bedarf, die mit den IT-Komponenten des Landes technisch korrespondieren.

Eine wichtige Rolle komme dabei, so die Staatssekretärin, den Modellkommunen zu, auch weil sie wichtige Impulse bei der Implementierung neuer Verfahren auf dem Weg zur Online-Bereitstellung aller Verwaltungsleistungen und einer Digitalisierung auch der Binnenverwaltung der Kommune geben könnten. Hilfreich könnten dabei insbesondere Best-Practice-Beispiele aus anderen Gemeinden Deutschlands sein. Zu beachten sei dabei immer auch die Handhabbarkeit des Online-Zugangs, aber auch die Möglichkeit zur Interaktion, nicht zuletzt bei browserbasierten Services und Apps.

Hinzu kommen, führte sie aus, die Vorgaben bei der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes, dessen Umsetzungskatalog eine erhebliche Anzahl an Leistungen enthält, die bis zum 31. Dezember 2022 zu bewältigen sind. Modellkommunen könnten dabei die Richtung aufzeigen, aber auch zur Umsetzung einer übertragbaren Musterlösung beitragen.

Nicht zuletzt stellte sie weitere anstehende Schritte vor, über das Gesetzgebungsverfahren zum E-Government hinaus. So seien folgende Schritte geplant:

- 2019 Servicekonto
- 2019 Landesportal
- 2020 Ressorts haben E-Akten
- 2021 IT-Basiskomponenten sind in Verwaltungsprozesse integriert
- 31.12.2022 gemäß Onlinezugangsgesetz sind sämtliche Verwaltungsleistungen online abrufbar

### **Digitales Senftenberg – Auf dem Weg zur Digitalisierung**

Andreas Fredrich, Bürgermeister der Stadt Senftenberg, konnte dann von der praktischen Umsetzung „vor Ort“ berichten. Dabei stellte er unter anderem die organisatorische Gestaltung in Senftenberg dar, sowohl was die Sachgebietsleitung (Leitung, IT-Sicherheitsbeauftragte, Vertragsmanagement und Projektmanagement) betrifft, als auch die Fachbereiche Datenverarbeitungsorganisation (mit dem Schwerpunkt E-Government, den Fachinformatikern und dem Schwerpunkt GIS-Koordination) und Systemtechnik (u. a. Schwerpunkte Netzwerk und Fachinformatiker Clientbetreuung).

Er stellte anschaulich dar, welche Leistungen bereits online angeboten werden und welche zeitnah ebenfalls online angeboten werden sollen. Dabei kamen online erreichbare Verwaltungs- und Servicedienstleistungen (z. B. im Bereich der Ratsinformationen), die notwendig sind, ebenso zur Sprache wie die digitalisierten Verfahren neben den gesetzlich vorgeschriebenen.

Dazu gehörten unter anderem die elektronischen Kataster, Vertragsregister, das Sitzungsmanagement und die Bauhofverwaltung. Fredrich verwies aber auch auf anstehende Vorhaben (z. B. den Ausbau des Verga-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kommunalkongresses

Foto: SGK Brandenburg

bemagements, den elektronischen Posteingang und elektronische Rechnungsbearbeitung, E-Steuer – elektronische Steuerbearbeitung, Online-Terminreservierung, barrierefreie Formulare und Dokumente und Einführung eines Mobile Device Managements). Aber auch onlinebasierte Verfahren beim Wahlmanagement, den Bußgeldverfahren, bei der Personalverwaltung (Mitarbeiterportal – Antrag Fortbildung, Urlaub, Dienstreise etc.) konnte er umfassend erläutern.

Für die Umsetzung müssten, so der Bürgermeister, jedoch auch immer die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden, wie die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems und die Erneuerung, Erweiterung und Stabilisierung der Infrastruktur in Verwaltung und Schulen. Insbesondere die Einführung des Dokumentenmanagementsystems stellte er, unerlässlich für nahezu alle Prozesse, dezidiert dar, insbesondere in welchen Schritten und unter welchen Bedingungen es in seiner aktuellen Form der Stadt Senftenberg eingeführt wurde und was dafür an Voraussetzungen erforderlich war und auch immer noch ist.

Und er gab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch einige Ratschläge mit auf den Weg, die er aus seinen Erfahrungen ableiten konnte. So müsse man alles ganzheitlich, aber eben auch gemeinsam betrachten, sich finanzielle und Berater-Unterstützung holen, Projekte im Back-Office

fördern, weil dort die Potenziale für Effizienzsteigerungen liegen, und einheitliche Werkzeuge bereitstellen. Vor allem aber müsse man seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schulen, schulen, schulen!

Wie die nachfolgende Podiumsdiskussion zeigte, wünschen sich viele kommunalpolitisch Aktive und kommunal Verantwortliche Best-Practice-Beispiele aus anderen Kommunen, aber auch Sicherheit bei den Rahmenbedingungen – nicht zuletzt beim Breitbandausbau.

### **Mitgliederversammlung**

Bei der nachfolgenden Mitgliederversammlung stand, neben der Ehrung langjähriger Mitglieder, und der Wahl der Delegierten zu der Bundesdelegiertenversammlung der Bundes-SGK am 23. und 24. November 2018 in Kassel, auch die Besetzung des Vorstandsvorsitzes an, nachdem Ines Hübner stellvertretende Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Brandenburg geworden war und die Funktion des Landesvorsitzes damit vakant war. Gewählt wurde der im kommunalen Bereich umfassend erfahrene Christian Grossmann, erster Beigeordneter der Stadt Ludwigsfelde und langjähriges Mitglied sowohl in der SGK Brandenburg als auch in deren Vorstand. Er hatte die Funktion zuvor bereits kommissarisch wahrgenommen.

Den Mitgliedern gab er vorab einen Überblick über die aktuelle Arbeit der

SGK, unter anderem zu den Herausforderungen, die das Jahr 2019 bieten wird, aber auch zu den Säulen (Veranstaltungen, Publikationen, Informations- und Wissensvermittlung in und aus dem politischen Raum), die die Arbeit ausmachen sowie zu Entwicklungen, die bereits angegangen wurden (z. B. Ausbau des Internetangebots) oder zeitnah anstehen.

Und last but not least konnten die Teilnehmer einen Eindruck von den kommunalrelevanten Themen auf bundespolitischer Ebene bekommen, die von Manfred Sternberg, dem Geschäftsführer der Bundes-SGK, vorgestellt wurden.

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die an dem Kommunalkongress und der Mitgliederversammlung teilgenommen haben und damit zum Gelingen beider beigetragen haben!

### **IMPRESSUM**

#### **Verantwortlich für den Inhalt:**

SGK Brandenburg e.V.,  
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

**Redaktion:** Rachil Ruth Rowald,  
Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.  
Telefon: (0331) 73 09 82 01

**Verlag:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel

**Litho:** Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

**Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH  
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

## Kommunalakademie 2018 – Vom Engagement zur Verantwortung

Wie man lernen kann sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen

**Autor** SGK Brandenburg

Die Kommunalakademie der SGK Brandenburg richtet sich an Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie an Kommunalpolitik interessierte Bürgerinnen und Bürger jeder Generation. Relevante Themen und Fragen der kommunalen Selbstverwaltung, der Landkreise, Städte und Gemeinden werden grundlegend und vertiefend behandelt.

Die Kommunalakademie 2018 findet an vier Wochenenden im September, Oktober und Dezember statt:

am **28. und 29. September 2018 (1. Block)** sowie  
am **19. und 20. Oktober 2018 (2. Block)**  
jeweils ab 17 Uhr im Hotel und Gasthaus Zum Eichenkranz, Unter den Eichen 1, 14943 Kolzenburg

am **7. und am 8. Dezember 2018 (3. Block)** sowie  
am **14. und 15. Dezember 2018 (4. Block)**  
jeweils ab 17 Uhr in der Heimvolkshochschule am Seddiner See, Seeweg 2, 14554 Seddiner See

### 1. Block

#### Motivation und Grundlagen

##### Freitag, 28. September 2018

bis 17.00 Uhr	Anreise und Bezug der Zimmer
17.00 – 17.30 Uhr	Begrüßung und Kennenlernen der Seminarteilnehmer
17.30 – 19.30 Uhr	Grundlagen der Kommunalpolitik, Christian Grossmann, Vorsitzender der SGK Brandenburg
19.30 – 21.30 Uhr	Abendessen und anschließender Kaminabend mit Erik Stohn, Generalsekretär der SPD Brandenburg

##### Samstag, 29. September 2018

bis 9.00 Uhr	Frühstück
9.00 – 11.30 Uhr	Die Arbeit in einer kommunalen Vertretung (Planspiel), Nico Ruhle
11.30 – 12.00 Uhr	Mittagessen
12.00 – 14.00 Uhr	Einführung Kommunalrecht, Rachil Rowald

### 2. Block

#### Die Instrumente

##### Freitag, 19. Oktober 2018

bis 17.00 Uhr	Anreise und Bezug der Zimmer
17.00 – 19.00 Uhr	Bürgermeister – werden und sein. Ein Bericht aus der Praxis, Tobias Borstel, Bürgermeister von Großbeeren
19.00 – 21.30 Uhr	Abendessen und anschließender Kaminabend mit Gast

##### Samstag, 20. Oktober 2018

bis 9.00 Uhr	Frühstück
9.00 – 12.00 Uhr	TEXTEN für die Ewigkeit, Birgit Morgenroth
12.00 – 12.30 Uhr	Mittagessen
12.30 – 14.30 Uhr	Internet und soziale Medien, Nico Marquardt
14.30 – 15.00 Uhr	Abschlussrunde

### 3. Block

#### Die Themen

##### Freitag, 7. Dezember 2018

bis 17.00 Uhr	Anreise und Bezug der Zimmer
17.00 – 19.00 Uhr	Einführung in die Kommunalfinanzen, Dr. Stephan Wilhelm
19.00 – 21.30 Uhr	Abendessen und anschließender Kaminabend mit Daniela Trochowski, Staatssekretärin im Ministerium der Finanzen im Land Brandenburg

##### Samstag, 8. Dezember 2018

bis 9.00 Uhr	Frühstück
9.00 – 11.00 Uhr	Baurecht und Bauplanungsrecht (tbc)
11.00 – 11.30 Uhr	Mittagessen
11.30 – 13.30 Uhr	Vergaberecht (Arbeitstitel), Mathias Techen
13.30 – 13.45 Uhr	Kaffeepause
13.45 – 14.30 Uhr	Kommunalrelevante Themen auf Bundes- und Landesebene
14.30 Uhr	Abschlussrunde

### 4. Block

#### Der Auftritt als öffentliche Person – Rhetorik, Kleidungsstil, visuelle Kommunikation mit Alexandra Kramm und Anne-Marie Franz

##### Freitag, 14. Dezember 2018

bis 16.15 Uhr	Anreise und Bezug der Zimmer
16.30 Uhr	Vorstellung und Einstieg ins Thema „Der Auftritt als öffentliche Person“
17.15 Uhr	parallele Workshops mit inhaltlichem Input und Präsentations-Übungen mit anschließendem Feedback zu den Themen: a) Rhetorik – Kurzstatements schreiben und halten b) Kleider machen Leute – professioneller Auftritt und persönlicher Stil
19.00 Uhr	Abendessen
ab 20.00 Uhr	Kaminabend mit Gast

##### Samstag, 15. Dezember 2018

bis 8.45 Uhr	Frühstück
9.00 Uhr	2. Runde der Workshops (Teilnehmer*innen-Wechsel) zu den Themen vom Vortag a) Rhetorik – Kurzstatements schreiben und halten b) Kleider machen Leute – professioneller Auftritt und persönlicher Stil
10.45 Uhr	Kaffeepause
11.00 Uhr	Workshops zu den Themen: c) Kommunikation in schwierigen Situationen d) dein Bild in der Öffentlichkeit – Fotos in (digitalen) Medien
12.30 Uhr	Mittagessen
13.00 Uhr	2. Runde der Workshops vom Vormittag
14.15 Uhr	Feedback und Abschluss
14.30 Uhr	Ende

#### Teilnahmebeiträge/Anmeldung

Von Mitgliedern der SGK wird ein Teilnahmebeitrag in Höhe von 50,- Euro erhoben, von Nicht-Mitgliedern in Höhe von 150,- Euro. Im Teilnahmebeitrag sind die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie für Tagungsunterlagen inbegriffen. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Eine Anmeldung bis zum 15. September ist erforderlich und möglich: per E-Mail an [info@sgk-potsdam.de](mailto:info@sgk-potsdam.de), per Telefon unter der Rufnummer 0331 73098200 oder schriftlich an SGK Brandenburg e.V., Alleestraße 9, 14469 Potsdam